

Streit um Boltenhagens Kämmerin spitzt sich zu

Ortspolitiker kassieren Kündigung ein

Im Alleingang hat Bürgermeister Olaf Claus der unter Betrugsverdacht stehenden Kämmerin gekündigt – die Gemeindevertreter pochen auf die Unschuldsvermutung und wollen nicht die Staatsanwaltschaft ersetzen.

Von KERSTIN SCHRÖDER

Boltenhagen. Die Kündigung von Boltenhagens Kämmerin Kathrin Dietrich soll zurückgenommen werden. Das haben die Gemeindevertreter beschlossen und sich damit gegen den Alleingang von Bürgermeister Olaf Claus (parteilos) ausgesprochen. Der Verwaltungschef hatte der Kämmerin Ende Juli fristlos gekündigt, weil sie unter dem Verdacht des Betruges und der Untreue steht – wohl gemerkt unter dem Verdacht. Anklage ist bisher nicht erhoben worden. Das hat gestern die Staatsanwaltschaft Schwerin bestätigt. „Und bis dahin gilt immer noch die Unschuldsvermutung“, begründet Gemeindevorsteher Christian Schmiedeberg die einstimmig getroffene Entscheidung. Die ist von der CDU, der SPD, Der Linken, dem WGB und der FDP getroffen worden. Vom BfB war kein Mitglied auf der Dringlichkeitssitzung am Mittwochabend anwesend.

Wie Christian Schmiedeberg betont, sei es nicht die Aufgabe der Gemeinde, Richter zu spielen oder die Staatsanwaltschaft zu ersetzen. Und er verweist auf die Dienstwagenaffäre von Bürgermeister Olaf Claus, den die Kommunalaufsicht auch nicht im Vorfeld verurteile. Sondern sie will zuerst einmal alle Beweise sichten und auswerten – so äußerte sich in der vorigen Woche Landrätin Birgit Hesse (SPD). „Und was für den Bürgermeister zutrifft, muss auch für seine Mitarbeiter gelten“, so Schmiedeberg.

Doch was bedeutet die Entscheidung für die Kämmerin? Bleibt sie weiterhin beurlaubt – wie vor der Kündigung – oder darf Kathrin Dietrich wieder zur Arbeit gehen? Eine schnelle Entscheidung ist unwahrscheinlich: „Es kommt darauf an, was der Bürgermeister macht“, er-

klärt Christian Schmiedeberg. Der Verwaltungschef habe die Möglichkeit, gegen den Beschluss der Gemeindevertretung Widerspruch einzulegen. „Aber die Kündigung war ein klarer Verstoß gegen die Hauptsatzung“, ergänzt der Gemeindevorsteher. Denn in der Satzung steht, dass der Bürgermeister nur Beschäftigte bis zur Entgeltgruppe acht einstellen und entlassen darf. Für alle anderen ist die Gemeindevertretung zuständig. Die habe die Kämmerin eingestellt, gekündigt wurde sie aber eigenmächtig vom Bürgermeister. „Deshalb wollen wir die Landrätin bitten, auch in diesem Fall zu prüfen, ob Disziplinarmaßnahmen ergriffen werden müssen.“

Die von Olaf Claus zuvor ausgesprochene Beurlaubung könne jedoch bestehen bleiben, da sie das Arbeitsgericht bereits für rechtmäßig erklärt hat. Aber sie dürfe

auch nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag andauern, so Schmiedeberg. Er betont, dass die Zurücknahme der Kündigung durch die Gemeindevertreter nicht bedeute, dass der Betrugsverdacht vom Tisch ist. „Sollten sich die Indizien so verhärtet, dass die Staatsanwaltschaft in allen Fällen Anklage erhebt, sprechen wir selbstverständlich die Kündigung aus, denn so etwas wird nicht wegen einer Lappalie gemacht. Aber eine Vorverurteilung findet mit uns nicht statt“, bekräftigt Christian Schmiedeberg, dass sich auch die Gemeindevertretung für eine Aufklärung in dieser Angelegenheit stark mache. Deshalb werde der Bürgermeister aufgefordert, die komplette Akte allen Fraktionen vorzulegen. Die Kämmerin soll mehrere Bewerber für Jobs in der Gemeindeverwaltung aufgefordert haben, sich von der Arge Vermittlungsgutscheine für die Personalserviceagentur ihres Mannes zu holen, damit er die Provision bekommt.

„Eine Vorverurteilung findet mit uns nicht statt.“

Christian Schmiedeberg,
Gemeindevorsteher



Es werden immer mehr – die Unterlagen von ihren Anwälten und anderen Gremien, die mit dem Fall zu tun haben, füllen mittlerweile einen dicken Aktenordner. Kathrin Dietrich hofft auf eine schnelle Aufklärung, denn sie bangt um ihren guten Ruf.

Foto: Schröder

Kathrin Dietrich: „Die Vorwürfe entbehren jeglicher Grundlage“

Nach dem Beschluss der Gemeindevertreter, die Kündigung zurückzunehmen, bricht Kathrin Dietrich zum ersten Mal ihr Schweigen.

OSTSEE-ZEITUNG: Wie fühlen Sie sich?

Kathrin Dietrich: Ich bin sehr froh, dass mich die Gemeindevertreter nicht vorverurteilen wie viele andere Menschen.

OZ: Was sagen Sie zu den Vorwürfen?

Dietrich: Sie entbehren jeglicher sachlicher Grundlage. Das werden die Ermittlungen, die ich nach Kräften unterstütze, ergeben. Ich leiste seit acht Jahren als Kämmerin gute Arbeit für die Gemeinde. An meiner Integrität sind nie Zweifel aufgetreten. Doch jetzt wird seit Wochen auf besonders hinterhältige Art und Weise versucht, einen negativen Eindruck zu erwecken. Die Vermutung liegt nahe, dass ganz bewusst und mit Überlegung beabsichtigt ist, mir

nachhaltig zu schaden. Es scheint alles darauf abzuzielen, mein Ansehen in der Öffentlichkeit so schwer zu beschädigen, dass der Name Dietrich dauerhaft einen schlechten Ruf bekommt.

OZ: Wie hat sich Ihr Leben nach der Anzeige durch den Bürgermeister verändert?

Dietrich: Ich gehe kaum noch aus dem Haus. Denn die Leute wollen natürlich wissen, was an den Vorwürfen dran ist. Aber ich darf nicht mehr sagen, als dass ich unschuldig bin, da mein Anwalt alles andere für die Beweisführung braucht. Deshalb kann ich nicht viel erklären, was die Leute mir gegenüber misstrauisch macht. Es ist ein Teufelskreis! Deshalb hoffe ich auf eine schnelle Klärung durch die Staatsanwaltschaft, damit ich in der Öffentlichkeit endlich klar Stellung beziehen kann.

OZ: Es sind etliche Gerüchte im Umlauf, unter anderem, dass Sie am

Tag nach der Beurlaubung die Koffer gepackt haben und geflüchtet sein sollen?

Dietrich: Meine Schwester hatte Geburtstag, die Reise zu ihr war lange geplant. Leider glaubt die Allgemeinheit eher den Gerüchten – getreu dem Motto „Irgendetwas wird schon dran sein“.

OZ: Und was sagen Sie zur Kündigung durch den Bürgermeister?

Dietrich: Eine Verdachtskündigung ist ein probates Mittel, um kritische Mitarbeiter loszuwerden. Der Bürgermeister hat mich angezeigt und danach geäußert „Wer Wind sät, wird Sturm ernten“. Es ist doch bezeichnend, dass der Bürgermeister nicht einmal die Ermittlungen seiner ehemaligen Kollegen (Anmerkung der Redaktion: Olaf Claus war früher Polizist) abwartet. Möglicherweise befürchtet er, dass sich meine Unschuld herausstellt.

Interview: KERSTIN SCHRÖDER